

Wämlich vor allem die Behörden der römischen Kurie, von jeder Einmischung des italienischen Staates befreit sind, auch bezüglich der Konvertierung von immobilien Gütern.

Völkerrechtlich bedeutungsvoll ist der Artikel 12, eine logische und rechtliche Folgerung aus der Anerkennung der Souveränität des Hl. Stuhles, indem Italien das aktive und passive Gesandtschaftsrecht des Papstes anerkennt. Dieses Gesandtschaftsrecht hat der Papst vor 1870 nicht bloß als Souverän des Kirchenstaates ausgeübt, sondern vorzüglich auch als Oberhaupt der katholischen Kirche kraft seiner geistlichen Souveränität; deshalb konnte er es auch von 1870-1929 weiter ausüben, und das italienische Garantiefest vom Jahre 1871 hat sich aus diesem Grunde darauf beschränkt, im Artikel 11-12 nur den äußeren Schutz dieses Rechtes zu übernehmen, nachdem der Papst sein Recht selbst nicht mehr schütten konnte. Im Artikel 12 des Lateranvertrages hat Italien zunächst grundsätzlich dieses Recht anerkannt und dann sich vertraglich verpflichtet, auf welche Weise es die Gesandten des Papstes und die Gesandten ausländischer Regierungen beim Hl. Stuhl anerkennen und schützen wird. Die viermalige Berufung auf die Normen des Völkerrechtes in diesem Artikel offenbart zur Genüge, daß die Ausübung des Gesandtschaftsrechtes des Hl. Stuhles nicht nach persönlichen Wünschen der beiden Vertragsparteien, sondern nach Grundsätzen des völkerrechtlichen Verkehrs geschehen soll. Deshalb genießen die Gesandten der auswärtigen Staaten beim Hl. Stuhl den persönlichen und sachlichen Umfang jener Exterritorialität, die den Gesandten vom Völkerrecht zuerkannt wird. Die Diplomaten des Hl. Stuhles aber und die im Namen des Papstes entsandten Kurieren werden auf italienischem Gebiet, — auch in Kriegszeiten — wie die Diplomaten und Kabinettskurieren anderer Regierungen nach den Normen des Völkerrechtes behandelt. Zwischen Italien und dem Hl. Stuhl werden fortan Gesandte ausgetauscht werden, wobei der bei der italienischen Regierung beglaubigte päpstliche Nuntius die Vorrangstellung des Defans des Diplomatischen Corps erhält. Zur Sicherung des freien Verkehrs zwischen dem Vatikan und den Staaten und des Vatikans mit den Bischöfen verpflichtet sich Italien, die Freiheit der Korrespondenz, auch im Kriegsfall, und den freien Zutritt der Bischöfe aus der ganzen Welt zum Hl. Stuhl zu verbürgen.

Im Artikel 13-14 wird dem Heiligen Stuhl Eigentum, das außerhalb der Vatikanischen Stadt liegt, von Seiten Italiens neu übertragen oder bereits gehöriges als solches ausdrücklich anerkannt, wie die päpstliche Villa in Castelgondolfo. Außer dieser Villa gehören jetzt noch unbestrittenen Besitz des Heiligen Stuhles neben der Peterskirche, die im souveränen Gebiet der Vatikanischen Stadt liegt, auch die drei anderen Patriarchatsbasilikilien St. Johann im Lateran, St. Maria Maggiore und St. Paul mit den anstoßenden Gebäulichkeiten, ferner das Gebäude von San Callisto bei St. Maria in Trastevere, die früheren Klostergebäude bei der Basilika der 12 Apostel und bei den Kirchen St. Andrea Della Valle und St. Carlo ai Catinari, außerhalb Roms die Villa Barberini im Castel Gandolfo. Zur Abrundung des Gebietes auf der Nordseite des Janikulushügels, das schon größtenteils kirchlichen Instituten gehört, wird der italienische Staat den Rest jenes Gebietes dem Heiligen Stuhl oder dem von ihm bezeichneten Institut überweisen. Die hier festgelegten Eigentumsrechte des Heiligen Stuhles werden für die genannten Gebäulichkeiten und Grundstücke im Artikel 15 dahin vergrößert und privilegiert, daß die genannten Immobilien, die alle außerhalb der Vatikanischen Stadt liegen und somit Gebietsteile des italienischen Staates sind, den Vorzug der diplomatischen Immunitäten genießen, wie sie völkerrechtlich den Residenzen der Gesandten zukommen. Daraus folgt z. B. die Unbetretbarkeit dieser Gebäude ohne Genehmigung des Besitzers und die Unantastbarkeit aller in Haus und Hof befindlichen Gegenstände. Außer dem in Artikel 14 genannten Gebäuden werden folgende auch die Immunität genießen: die Paläste der Datarie, der Cancellaria, der Propaganda am spanischen Platz, der Palast des heiligen Offiziums, der Konvertenden, des Vikariats und dazu noch jene Gebäude, die der Heilige Stuhl in Zukunft für seine Behörden oder Missionen erwerben wird. Vorübergehende diplomatische Immunität wird allen Kirchen in Italien zugesichert, wo und solange dort in Gegenwart des Papstes kirchliche Funktionen stattfinden.

(Fortsetzung folgt.)

Klärung in Jannowitz

Vor der Haftentlassung Graf Christians?

Diesberg, 10. April.

Der wiederholt angekündigte Lokaltermin im Jannowitzer Neubau hat heute in Anwesenheit des jungen Grafen Christian Friedrich stattgefunden. Dem Grafen war die Abhaltung des Termins bis zur letzten Minute geheimgehalten worden.

Graf Christian Friedrich erklärte zunächst im einzelnen die Einrichtung des Zimmers und führte mit Exzerptatoren, die er mehrmals replizierte, seine Tätigkeit mit dem Gewehr und den Patronen vor. Die Sachverständigen überzeugten sich von der Beschaffenheit des Gewehrs und stellten fest, daß bei den verwendeten Patronen Ladestimmungen sehr leicht vorkommen, weil das Gewehr für die Art von Patronen noch vornehmlich nicht bestimmt war. Der Angekluldigte stellt die Sache so dar, daß bei keinem Bemühen, die eingeschobene Patrone gangbar zu machen, plötzlich ein Schuß losgegangen sei, als er hinter dem Rücken des Vaters mit dem Gewehr hantierte. Bei dem Versuch, die Kammer des Gewehrs zu öffnen, sei das Gewehr hochgeschlagen und, da es mit der linken Hand kurz vor dem Abzugsbügel gefaßt hielt, hätten seine Finger den Abzugsbügel berührt, wobei sich das Gewehr entladen habe.

Der Sachverständige P. r. u. e. h. stellte fest, daß sich der Vorgang so abspielt haben könnte, wie ihn der Angekluldigte dargestellt habe. Auf Anregung der Sachverständigen wurde die Schußrichtung nach dem Einschlag rekonstruiert, woraus sich ergab, daß der Angekluldigte das Gewehr nicht in die Schulter gefaßt haben kann und daß seine Angabe, das Gewehr habe mit dem Kolben an der Brust gelegen, durchaus Glauben verdiene. Nach eingehender Beratung der Sachverständigen kamen diese zu dem in einem gemeinsamen Gutachten niedergelegten Schluß, daß nach dem Sachverständigenbesuch die Angaben des Angekluldigten nicht zu widerlegen und durchaus möglich seien.

Nach dem Ergebnis dieses Lokaltermins ist mit einem Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rulke auf Haftentlassung des Grafen Christian zu rechnen.

Wahlauflaufmarsch in Sachsen

Landtagskandidaten

Dresden, den 10. April.

Wie wir hören, wird die Wirtschaftspartei für den Wahlkreis Ostsachsen voraussichtlich wieder den Abgeordneten Kaiser als Spitzenkandidaten aufstellen; an zweiter Stelle einen Vertreter des übrigen Teiles des Wahlkreises und an dritter Stelle wird der frühere Wirtschaftsminister Abgeordneter Dr. Wilhelm aufgestellt werden. Der nicht nur als Vertreter der freien Berufe, sondern auch des Hausbesitzes anzusehen ist. Die Kandidatur des jetzigen Finanzministers Weber ist ungewiß. Wahrscheinlich wird der bisherige Abgeordnete Grahmann, der Vertreter des Hausbesitzes, nicht wieder kandidieren. Im Wahlkreis Chemnitz wird voraussichtlich der bisherige Abgeordnete Dr. Dumanj nicht wieder kandidieren, weil ihn der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine, dessen Syndikus er ist, in der eigenen Verwaltung notwendig braucht.

Abg. Dr. Dehne wird wieder als Spitzenkandidat der demokratischen Partei in Ostsachsen aufgestellt werden. Der zweite Platz der demokratischen Liste ist stark umstritten. Einmal wird hierfür der Abg. Dr. Kassner genannt, weiterhin aber auch der Bundesdirektor Schubert, der als Repräsentant der Gemeindebeamten und des Mittelstandes gelten soll.

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, stellt wieder den bisherigen Abgeordneten Voigt als Spitzenkandidaten auf.

Die Zittauer Sozialdemokraten stellen ihren Parteiführer für Schönig, die Löbauer den bisherigen Abg. Götter, die Bauhner wieder den Abg. Wähle und die Pirnaer wieder den Landtagspräsidenten Schwarz als Kandidaten auf. Die endgültige Aufstellung nimmt am kommenden Sonntag der Bezirksparteitag Ostsachsen der S. P. D. vor, der auch die Reihenfolge der Kandidaten zu bestimmen hat.

Ist das Staatsgerichtshofsurteil schon rechtskräftig?

Dresden, 10. April.

Bekanntlich hatte die sächsische Regierung vor einigen Tagen an den Staatsgerichtshof die Frage gerichtet, ob sein Urteil über die Notwendigkeit von Revisionen schon mit der Verkündung rechtskräftig geworden sei, oder ob dies erst mit der Zustellung der Urteile der Sache sei. Darauf hat, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, der Staatsgerichtshof geantwortet, daß diese Frage in der Begründung des Urteils beantwortet werden würde. Die Aufhebung des Urteils werde der Regierung noch im Laufe dieser Woche ausgehen.

Die „Leibziger Volkszeitung“, die vom Abg. Landrechtsdirektor Reu unterrichtet worden sein dürfte, weiß hierzu mitteilen, daß das Urteil die Erklärung enthalte, es sei sofort mit der Verkündung am 22. März rechtskräftig geworden. Demnach besteht also der Landtag seit jenem Tage nicht mehr. Wenn sich diese Mitteilung, so müssen diejenigen Abgeordneten, die auf Mitteilung des Präsidenten Schwarz hin ihre Tagelöhner für April bereits vor den Osterferien, am 21. März, abgehoben haben, sie natürlich zurückzahlen. Der Staat spart dadurch rund 60000 Mark — eine allerdings im Hinblick auf die Kosten einer Revision nur geringe Summe.

Moskauer Wirtschaftsreden

Die ostpreussische Delegation

Moskau, 9. April.

Wie bereits angekündigt, veranstaltete die Handelskammer für Westeuropa heute abend einen Empfang zu Ehren der ostpreussischen Wirtschaftsdelegation, an dem u. a. der deutsche Botschafter Dr. von Dirksen, Legationsrat Hlger, die Leiter der wirtschaftlichen Organisationen, Vertreter des Außenkommissariats, des Handelskommissariats und des Obersten Volkswirtschaftsrats teilnahmen. Der Vorsitzende der Handelskammer, Chiniskuf, hielt die Begrüßungsrede, in der er die Zunahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ostpreußen hervorhob und der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß der Besuch der Delegation in Rußland zu einer noch besseren Entwicklung dieser Beziehungen führen werde.

Darauf ergriff der deutsche Botschafter Dr. von Dirksen das Wort und erklärte, die deutsche Regierung habe die Organisation einer deutschen Sektion der Handelskammer für Westeuropa begrüßt, und die deutsche Botschaft arbeite aktiv mit dieser Sektion zusammen. Nach einer Charakterisierung der sowjetisch-deutschen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen wies der Botschafter darauf hin, daß diese Beziehungen sich auf Grund des Vertrages von 1925 entwickelten. Ihre fortschreitende Entwicklung habe Ausdruck gefunden in der Gewährung umfassender Kredite an die Sowjetunion und in dem günstigen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen im Dezember. Eine große Bedeutung für die kulturelle Annäherung beider Länder habe die Wache deutscher Technik gespielt. Eine neue Etappe stelle die Ankunft der ostpreussischen Delegation dar, sei doch Ostpreußen der Teil Deutschlands, in dem zum ersten Male der Gedanke der Herstellung von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion gereift sei. Zum Schluß begrüßte Dr. von Dirksen die russische Anregung, deutsche technische Kräfte für die Sowjetwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Anhoff lehndiert Plafahoff

Moskau, 9. April.

Der Rätekongreß des Moskauer Governements wurde heute eröffnet. Anhoff betonte, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch England nicht zu den Ergebnissen geführt habe, die seine Urheber erwartet hätten. Andere Länder seien dem Beispiel Englands nicht gefolgt, und auch die Versuche, Sowjetrußland wirtschaftlich zu isolieren, seien mißlungen. Die Sowjetregierung, fuhr Anhoff fort, hat es verstanden, die Schwierigkeiten des Ausfalls der Getreideausfuhr zu meistern und den Ausfall durch gesteigerte Ausfuhr von Holz, Petroleum, Fellen usw. wettzumachen. Die gesteigerte Ausfuhr gestattete eine erhöhte Einfuhr von Auszubildenden. Die ausländischen Kreditverpflichtungen konnten nicht erst beim Fälligkeitstermin, sondern schon früher erfüllt werden. Einflußreiche Kapitalistenkreise wollen nicht mehr länger warten auf den von den Führern der heutigen englischen Politik vorausgesetzten wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion, sondern ziehen den Abbruch vernünftiger Abkommen vor, wie z. B. das jüngste Petroleumabkommen. Infolge der Politik der englischen Regierung seien sich die Positionen der englischen Industrie auf dem sowjetischen Markt durch Konkurrenten beengt. Die Ankunft der englischen Industrielledelegation ist ein günstiges Zeichen, das indes nicht übersehen werden darf. Die Delegation ist eingetroffen am Vorabend der englischen Wahlen ohne Vollmachten ihrer Regierung. Die Sowjetregierung kann Verhandlungen über große Geschäftsabläufe nur führen unter der Bedingung der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Amerikanische Schmugglerplünder

Newport, 9. April.

In der Nähe von Sandy Hook beschah ein amerikanisches Küstenwachtschiff zwei Fischerboote, die sich geweiigert hatten, beizubringen, um sich auf etwaige Alkoholbelegungen unterziehen zu lassen. Die Fischerboote wurden eingebracht, doch fand man an Bord keinerlei Mengen Spirituosen.

Wiederaufleben des Wiener Streiks

Wien, 8. April.

Der Streik in der Autoindustrie ist unvermutet erneut zum Ausbruch gekommen. Zwar erschienen gemäß den Ende voriger Woche getroffenen Vereinbarungen heute früh die Arbeiter der Wiener Automobilindustrie in den Fabriken, jedoch schon nach zwei Stunden traten, wie man glaubt, unter kommunistischem Einfluß, die Arbeiter von drei Fabriken wieder in den Streik, da sie, wie sie erklärten, mit dem von den Gewerkschaften in der Lohnfrage getroffenen Abkommen mit den Unternehmern nicht zufrieden sind. Die durch diesen neuen Ausstoß entstandene Lage ist noch unübersichtlich. Jedenfalls erscheinen die weiteren Lohnverhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Hauptauschuß der Metallindustriellen sehr erschwert, zumal letztere geneigt sein sollen, in dem heutigen milden Streik eine Durchbrechung der vorläufigen Vereinbarungen zu sehen.

Empfang zu Ehren Hainichs

Anlässlich der Anwesenheit des früheren Bundespräsidenten Dr. Hainich, veranstaltete der hiesige österreichische Gesandte Dr. Frank gestern nachmittag in den Räumen der Gesandtschaft einen Tee, zu dem Reichsernährungsminister Dr. Dietrich, der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Freitag, Ministerialdirektor Dr. Zehlin, der frühere Reichswirtschaftsminister Hamm, sowie zahlreiche Vertreter der hiesigen österreichischen Organisationen und der Presse erschienen waren.

Die Lage in China

London, 10. April.

Times meldet aus Schanghai: Fengshuhang's Streik, mochi steht 30 Meilen nördlich von Hankou und zieht ihren Vormarsch in südlicher Richtung fort. Es herrscht trotz der veröffentlichten amtlichen Erklärungen einiges Mißtrauen bezüglich seiner Absichten.

Daily Telegraph meldet aus Schanghai: Die Schifffahrt auf dem Yangtse wird wieder aufgenommen. Berichte aus Hankou deuten, daß dort wieder normale Verhältnisse zu bestehen beginnen und daß der Handel allmählich wieder in Gang kommt. Finanzminister Sun hat sich nach Hankou begeben, um die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen.

* Politischer Dramatik. Nach einer Begegnung der Kommunistischen Arbeiterpartei in Görtlich wurden Teilnehmer der Verhandlung von Kommunisten überfallen, die auch die einschreitende Polizei angriffen. Die Dozenten mußten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen.

* Unglückschronik. Umwelt Erleben im Weideland fürzte ein Autobus in einen Straßengraben. Von den 30 Insassen wurden sieben schwer verletzt. — Beim Brande eines Farmhauses im Staate Colorado kamen fünf Personen ums Leben.

* Ein nachahmendwertes Beispiel. Für die bevorstehende Tagung des Völkerverbundes in Madrid halten einige große Hotels ihre Zimmerpreise ganz unzulässig erhöht. Die Regierung hat nunmehr Höchstpreise bei Staatsänderung für Ueberstreichungen festgesetzt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Anknüpfend nach starke Bewölkung und vereinzelt Niederschläge. Später Uebergang zu wechselndem Wetter mit nur noch geringer Neigung zur Unbeständigkeit. Bevorstehende Nacht Hochland sehr kühl, Gebirge kalt. Auch tagüber Temperaturen für die Jahreszeit noch zu niedrig, doch im Hochland um die Mittagsstunden ziemlich mild. Besonders im Gebirge auffällige nordwestliche Winde, später allgemein abflauende Winde aus nördlichen Richtungen.



Wegelin
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Uu

Dresde...
Schiffen...
vollständig...
am Mont...
tität. De...
Ortsgrup...
Hilger, de...
Dr. F...
heute viele...
Diese Krit...
deutsche V...
partei noch...
gang nach...
des Zentr...
parlament...
nötiger, als...
eine polit...
bezeichnet w...
an die Par...
die deutsche...
bahn und...
gemein, de...
Die Verein...
den Finan...
habe man...
Dr. Brün...
mehr, wie...
gesehen w...
woller des...
hatten. R...
bis 1908...
5 Milliar...

Nach

bahn, de...
mocht, wa...
leistung der...
sind. Die...
eine von v...
Sie möcht...
Wirtschaft...
Konjunktu...
die Indus...
2,5 Milliar...
durch Rand...
dieser Wirt...
dann wird...
weit höher...
zu ihr nur...
ich das mu...
Jahren de...
aber in er...
genommen...
Wirtsch...
nehmen m...
so hoch ver...
und Land...
Hauptauf...
Anfäng...
der Par...
Erörterung...
Schlußfau...
tung der...
Konferenz...
Dr. Fom...
schick die...
daß schon...
gen werde...
von der ei...

Prom

Prom...
mal, daß...
Ihr von...
man-Fre...
nen" be...
Klärt die...
ren Aufst...
ennof...
Dom...
den Kon...
Kassan...
war reich...
beten von...
Semiten...
Gmmerh...
Kuzel...
geben kon...
nicht! D...
Welt, daß...
Als Koller...
zomion...
Ruffst...
Blatt...
Berliner...
Herr ganz...
falschen...
Sprachsch...
sehen der...
in der gan...
er aber...
wachsen...
das Buch...
ein, die...
hindurch...
war auch...
und diese...
tigen fele...